

Presseinformation

Nr. 26 / 2014

Berlin / Augsburg, 03.12.2014

Gesundheitspolitik á la Absurdistan

Es ist einfach nur erschreckend, wie sich die Warnungen und Prophezeiungen der Bürger-Initiative-Gesundheit e.V. immer wieder umgehend bestätigen: Erst vor wenigen Wochen hatte die B.I.G. auf die fatalen Fehlentwicklungen im Bereich der Geburtshilfe im Norden unseres Landes hingewiesen (siehe Pressemitteilung Nr. 20 vom 09.09.2014), wo in der Vergangenheit zahlreiche geburtshilfliche Abteilungen geschlossen wurden, weil sie sich „nicht mehr rechneten“. Nun ist aktuellen Meldungen zu entnehmen, dass die Zahl der mittels Hubschrauber ausgeflogenen schwangeren Patientinnen von der Insel Sylt sich mehr als verdoppelt hat. Nach Schließung der Geburtenstation auf der Insel mussten allein in den letzten Monaten 11 Schwangere notfallmäßig ausgeflogen werden. Nicht nur, dass die bereits erfolgten und demnächst noch erforderlichen Hubschrauber-Einsätze wahrscheinlich teurer kommen werden, als letztlich der Fortbestand einer Geburtshilfe auf Sylt. Es ist auch eine menschenverachtende Gesundheitspolitik, die die körperliche Unversehrtheit von werdenden Müttern und ihren Ungeborenen aufs Spiel setzt zugunsten abwegiger ökonomischer Denkweisen.

Erneut zeigt sich an diesem Beispiel die destruktive Funktion des von Politik und Krankenkassen gewollten DRG-Fallpauschalensystems. Bestimmte Bereiche oder ganze Kliniken werden finanziell gezielt „ausgetrocknet“, bis endlich eine Schließung unumgänglich ist. Ist das die Daseinsfürsorge unseres Staates für seine Bürger? Haben wir für solche Entwicklungen Politiker gewählt, die in ihrem Amtseid geschworen haben, sich für das Wohl des deutschen Volkes einzusetzen?

Die Bürger-Initiative-Gesundheit e.V. fordert erneut nachdringlich Verantwortliche in Politik und bei den Krankenkassen auf, derartige Entwicklungen wie jetzt auf der Insel Sylt umgehend zu korrigieren und auch außerhalb von Ballungszentren eine angemessene medizinische Versorgung aller Menschen, insbesondere aber von werdenden Müttern, sicher zu stellen. Werdendes Leben genießt einen besonderen Schutz des Grundgesetzes, dies sollten sich all die Rotstift-Jongleure bei den Kassen bewusst machen.

Dr. Helmut Müller
Vorstandsmitglied
Bürger Initiative Gesundheit e.V.

Pressestelle:
Bürger Initiative Gesundheit e.V.
Beethovenstraße 2
86150 Augsburg
Tel: 0821 / 50867960 - Fax 0821 / 50867969
presse@buenger-initiative-gesundheit.de
www.buenger-initiative-gesundheit.de
(freigegeben zur Veröffentlichung)